

NEWSLETTER FEBRUAR 2025

Liebe Interessierte, liebe Kolleg*innen, sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundestagswahlen sind vorüber und das Getöse wird leiser. Dennoch: Ein Zurück zum normalen politischen Alltag wird es wohl nicht geben. Es ist schwer zu ertragen, dass ein sichtbarer Teil der Bevölkerung faschistisches Gedankengut für alltagstauglich erklärt oder dafür geeignet, akute Probleme zu lösen.

Alle Aufmerksamkeit muss sich nun darauf richten, eine sachliche, fundierte, auf Kooperation basierende Lösung von drängenden Aufgaben in Angriff zu nehmen. Ein erster Schritt hierfür wäre es, mit Sachkenntnis die Ausgangslagen genau zu analysieren, um Lösungsansätze adäquat zu formulieren. Die Behauptung, es habe während der Ampelregierung zwei Millionen irreguläre Migrant*innen gegeben, entpuppte sich schnell als falsch, da es sich bei allen Personen um offizielle Asylantragsteller*innen und ukrainische Geflüchtete handelte. Ähnlich gelagert die Frequenz, mit der kriminelle Handlungen von Menschen mit Migrationsbiografie in den Medien berichtet werden und somit ein Bild zeichnet, dass der polizeilichen Statistik in keiner Weise entspricht ([Steigert Migration die Kriminalität? Ein datenbasierter Blick](#)).

Aber das injizierte Gift bleibt lange wirksam.

Es wird nicht einfach sein, diesen Entwicklungen Einhalt zu gebieten und trotz globaler Krisen eine weltoffene, humanitäre, die Menschenrechte achtende Gesellschaft zu sein. Eine andere Option darf es nicht geben – wir bleiben dran! – wie schon so viele vor und neben uns.

Im Übrigen lesen Sie in diesem Newsletter wie gewohnt unsere Zusammenstellung von aktuellen Publikationen und Fachveranstaltungen aus Wissenschaft, Forschung und Politik zur Gleichstellung der Geschlechter, Antidiskriminierung und Ökologischen Nachhaltigkeit. Für Neueinsteiger*innen, denen die Fachstelle noch nicht bekannt ist, empfehlen wir einen Blick auf unsere [Website](#). Dort finden Sie ausführliche Informationen über unsere Grundlagen, unser Konzept sowie die Querschnittsthemen.

Kommentare, Hinweise und Anregungen zum Newsletter können Sie gerne an kontakt@faqt-esf.de richten.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr FAQT-Team

Die Zukunft der Kohäsionspolitik und der ESF

Nach unserem Auftakt „Zukunft des ESF“ im Newsletter vom Januar 2025, in dem wir zentrale Weichenstellungen der EU Kommission und des Rates sowie erste Einschätzungen zu unseren Querschnittsthemen formuliert haben, konzentrieren wir uns in diesem Newsletter auf zwei aktuelle Publikationen und einen wegweisenden Beschluss der Gleichstellungs- und Frauenministerinnenkonferenz (GFMK) zur Zukunft der Kohäsionspolitik.

Konferenz und Studie zur Zukunft des ESF

Unter dem Titel „Quo vadis ESF?“ fand am 5. Februar eine Konferenz zur Zukunft des ESF unter Beteiligung von Vertreter*innen aus Deutschland, der EU-Kommission sowie der EU-Mitgliedstaaten der Länder in Brüssel über die Zukunft des ESF und des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) in Brüssel statt. Informationen zur Konferenz und die Studie finden Sie hier auf der Website esf.de.

[Website](#)

Mitteilung der EU-Kommission zum Mittelfristigen Finanzrahmen (MFR)

Bevor der MFR beschlossen wird (voraussichtlich 2027), sind zahlreiche Vorkehrungen notwendig. In dieser Mitteilung der EU-Kommission werden „einige der wichtigsten politischen und haushaltspolitischen Herausforderungen für den nächsten Finanzrahmen dargelegt, um einen breit angelegten Dialog in Vorbereitung des Vorschlags für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen anzustoßen.“ Das Thema Migration erfährt hierbei bspw. eine Konnotation der Kriminalisierung und des Missbrauchs statt einer Verknüpfung mit Lösungsoptionen für Fachkräftemangel.

[Mitteilung](#)

Beschluss der GFMK zur Zukunft der Gleichstellung der Geschlechter in der EU und innerhalb der Kohäsionspolitik

Bereits im Rahmen der 34. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenminister*innen der Länder (GFMK) am 13. und 14. Juni 2024 wurden unter dem Titel „Union der Gleichheit erreichen: EU-Gleichstellungsstrategie weiterentwickeln“ umfassende inhaltlich-strategische Forderungen zur Weiterentwicklung gleichstellungspolitischer Aktivitäten mit Blick auf die künftige EU-Gleichstellungsstrategie und die Kohäsionspolitik beschlossen. Diese Maßgaben sind elementare Bausteine einer modernen zukunftsfesten Kohäsionspolitik und sollten integraler Bestandteil aller künftigen Debatten sein.

[Beschluss](#) (siehe TOP 9.1)



NEUIGKEITEN UND VERÖFFENTLICHUNGEN

Gleichstellung der Geschlechter

CEDAW-Allianz Deutschland zur Bundestagswahl: Frauenrechte sind Menschenrechte und dürfen nicht einfach hintenangestellt werden

Die CEDAW-Allianz, die sich speziell mit der Umsetzung der UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) befasst, hat Forderungen an die zukünftige Bundesregierung gestellt.

[Forderungspapier](#)

Gender Pay Gap gesunken

Das Statistische Bundesamt (Destatis) teilt in einer Pressemitteilung mit, dass der unbereinigte Gender Pay Gap 2024 im Vergleich zum Vorjahr von 18 % auf 16 % gesunken ist. Das ist der stärkste Rückgang seit Beginn der Berechnungen im Jahr 2006. Der bereinigte Gender Pay Gap beträgt nach wie vor 6 %.

[Pressemitteilung](#)

Gewalthilfegesetz verabschiedet

Am 14.02.25 hat nach dem Bundestag auch der Bundesrat dem Entwurf für ein Gewalthilfegesetz zugestimmt, das unter anderem einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder vorsieht. Der Deutsche Frauenrat sieht darin einen überwältigenden Erfolg für Frauenrechtsorganisationen und fordert eine zügige Umsetzung nach der Verabschiedung im Bundesrat.

[Pressemitteilung](#)

[Nachricht der Bundesregierung](#)

Wie unabhängig sind Frauen in Deutschland?

In einer Studie im Auftrag der Abteilung Frauen, Gleichstellungs- und Familienpolitik des DGB-Bundesvorstandes wird die Bedeutung existenzsichernder Beschäftigung für die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen untersucht. Aktuell können demnach 53 % der erwerbstätigen Frauen mit ihrem eigenen Einkommen ihre Existenz nicht über den gesamten Lebensverlauf absichern.

[Studie](#)

Familienbericht: Alleinerziehende Mütter sind besonders oft von Armut bedroht

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat den zehnten Familienbericht veröffentlicht, in dem die Lebenslagen Allein- und Getrennterziehender untersucht werden. Der Bericht zeigt, dass das Armutsrisiko von alleinerziehenden Müttern etwa drei Mal höher ist als das von Müttern in Paarbeziehungen.

[Bericht](#)

Spannungsfeld Vereinbarkeit: ungleiche Verteilung der Haus- und Sorgearbeit und traditionelle Rollenbilder hemmen die Erwerbsbeteiligung von Frauen

In einer Studie der Bertelsmann Stiftung zur Verteilung der Haus- und Sorgearbeit werden die Arbeitsaufteilung, die Geschlechterrollen und die Aushandlungen in heterosexuellen Paarbeziehungen untersucht. Dabei zeigt sich, dass viele Männer ihren Beitrag zur Hausarbeit überschätzen und Frauen mit der Aufteilung insgesamt unzufriedener sind.

[Studie](#)

Gender-responsive budgeting: State of play and opportunities for the European Parliament

In einem Briefing des Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments (EPRS) werden die Einführung, Entwicklung und der aktuelle Stand des Gender-Responsive-Budgetings in der EU dargestellt und Handlungsempfehlungen für die Zukunft gegeben.

[Briefing](#)

Taxation's impact on gender equality in the EU

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments (EPRS) hat einen Überblick über den Einfluss der Besteuerung in den EU-Ländern auf die Gleichstellung der Geschlechter veröffentlicht. Auch wenn keine offensichtlichen Unterschiede in der Besteuerung von Frauen und Männern gemacht werden, können bestehende steuerliche Bestimmungen zu Ungleichbehandlungen führen, die sich auf Beschäftigungsmöglichkeiten, Gehälter und das Armutsrisiko von Frauen auswirken.

[At a Glance \(engl.\)](#)

Combating cyber violence against women and girls

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) hat einen Bewertungsrahmen zur Messung der Verbreitung spezifischer Formen von Cybergewalt gegen Frauen und Mädchen in den EU-Mitgliedstaaten entwickelt.

[Report](#)

Antidiskriminierung

Nachhaltige Perspektiven für das Einwanderungsland Deutschland:

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hat einen Standpunkt zum Einwanderungsland Deutschland veröffentlicht, in dem 10 Handlungsmaximen vorgestellt werden. Die Verbände rufen zu einer besonnenen und evidenzbasierten Debatte über Flucht, Migration und Integration auf.

[Zwischenruf](#)

Geflüchtete und Arbeitsmarkt

Unter dem Titel „Integration ermöglichen. Behörden entlasten. Wirtschaft stärken“ sind Empfehlungen an die zukünftige Bundesregierung zur Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für Geflüchtete im Kontext Arbeitsmarkt erschienen.

Die Empfehlungen wurden von einer Arbeitsgruppe aus geförderten Netzwerken aus der ESF-Förderrichtlinie "WIR - Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt" erarbeitet.

[Empfehlungspapier](#)

New approaches to labour market integration of migrants and refugees

Die Fachabteilung Wirtschaft, Wissenschaft und Lebensqualität des Europaparlaments hat eine Studie über neue Ansätze zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten und Migrant*innen in den Mitgliedstaaten veröffentlicht.

[Studie \(engl.\)](#)

Gender-Mediathek zum Black History Month

In einem Schwerpunkt der Gender-Mediathek der Heinrich-Böll-Stiftung werden Medien und Materialien zur Geschichte des „Black History Month“ und zu unterschiedlichen Aspekten des Schwarzseins zusammengestellt.

[Mediathek](#)

Hate speech and hate crime targeting LGBTI people

In einem Briefing des Wissenschaftlichen Dienstes des Europaparlaments (EPRS) werden die rechtlichen Bestimmungen in Europa und in den Mitgliedstaaten gegen Hassrede und Hassverbrechen gegen LSBTIQ*-Personen zusammengefasst.

[Briefing \(engl.\)](#)

Schattenbericht - Armut in Deutschland

Ein Bericht der Nationalen Armutskonferenz (nak) gibt tiefen Einblick in die Lebenslagen von Menschen mit Armutserfahrungen. Er wurde von Menschen mit Armutserfahrung und Aktiven aus Organisationen und Verbänden gemeinsam erarbeitet und bündelt die Sicht von Menschen mit Armutserfahrung und ihre Erfahrungen.

[Bericht](#)

EU action against poverty

Der Wissenschaftliche Dienst des Europaparlaments (EPRS) hat einen Überblick über die Maßnahmen der EU-Institutionen zur Reduzierung der Armut veröffentlicht.

[At a Glance \(engl.\)](#)

Ökologische Nachhaltigkeit

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie - Weiterentwicklung 2025

Unter dem Titel „Transformation gemeinsam gerecht gestalten“ wurde die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Sie basiert auf den Sustainable Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen. Um diese Ziele bis 2030 zu erreichen, ist eine Verstärkung und Beschleunigung der bisherigen Anstrengungen erforderlich.

[Nachhaltigkeitsstrategie](#)

Nachhaltiger Konsum: drei Beiträge für mehr Klimaschutz

Das Kompetenzzentrum Nachhaltiger Konsum (KNK) und das Umweltbundesamt (UBA) haben ein Mitmach-Tool zum Klimaschutz im Alltag entwickelt: Die Klimawaage soll abstraktes Klimaschutz-Wissen greifbar machen.

Mehrere Bundesministerien haben das Kompetenzzentrum Nachhaltiger Konsum eingerichtet, das vom Umweltbundesamt (UBA) umgesetzt wird. Es soll die Zusammenarbeit und Vernetzung von Aktivitäten sowie den Austausch und die Bereitstellung von Wissen zum Thema nachhaltiger Konsum unterstützen.

Die Denkwerkstatt Konsum des Umweltbundesamtes (UBA) soll die Einbindung von nachhaltigem Konsum in die Bildungsarbeit fördern.

[Klimawaage](#)

[Kompetenzzentrum Nachhaltiger Konsum](#)

[Denkwerkstatt Konsum](#)

Nachhaltigkeitsbildung: Berufsschulen hinken den Gymnasien hinterher

Im IAB-Forum des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sind die Ergebnisse einer Befragung zu nachhaltigkeitsbezogener Schulbildung erschienen. Demnach unterscheidet sich das Angebot deutlich zwischen Gymnasien und Berufsschulen.

[IAB-Forum](#)

Beruflicher Wandel in Baden-Württemberg: Zunehmende Bedeutung umweltschonender Kompetenzen

In einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) werden die Auswirkungen der ökologischen Transformation auf den Arbeitsmarkt und auf die beruflichen Anforderungen in Baden-Württemberg untersucht.

[Studie](#)

Gute Beispiele für eine gelingende Transformation

Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hat einen Bericht veröffentlicht, in dem Beispiele einer gelungenen Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit in den Kommunen und daraus abgeleitete Gelingensfaktoren vorgestellt werden.

[Bericht](#)

Natürlicher Klimaschutz: Wie digitale Tools Kommunen unterstützen

In einer Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und von Net Positive Cities wird ein Überblick über die Potentiale digitaler Technologien für den Klimaschutz in Kommunen gegeben.

Passend dazu hat das Umweltbundesamt (UBA) das Portal Umwelt.info eingerichtet, das einen Datenfundus und eine Suchmaschine zu Umwelt- und Naturschutzthemen bietet und auch Kommunen bei der Planung von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen unterstützen kann.

[Studie](#)

[Portal](#)

Copernicus-Bericht: 2024 war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen

Der Bericht „Global Climate Highlights 2024“ des Erdbeobachtungssystems Copernicus der EU liefert detaillierte Daten zur Erderwärmung. Die Daten zeigen unter anderem, dass 2024 das erste Jahr war, in dem die globale Jahres-Durchschnittstemperatur 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau gelegen hat. Europa ist dabei der sich am schnellsten erwärmende Kontinent der Erde.

[Bericht \(engl.\)](#)

Themenübergreifend

Wirkung des Europäischen Sozialfonds (Plus) vor Ort

In einer Broschüre des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) werden exemplarisch Programme und Projekte des ESF der vergangenen Förderperiode und des aktuellen ESF Plus aus dem Bund und den Ländern vorgestellt. Diese "ESF (Plus)-Leuchttürme" verdeutlichen die Vielfalt des ESF (Plus), seinen innovativen Charakter und die Wirksamkeit des ESF vor Ort.

[Broschüre](#)

Mehr Fachkräfte durch bessere Aus- und Weiterbildung

In einem Positionspapier des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) wird ein 8-Punkte-Programm für Menschen ohne Berufsabschluss vorgestellt. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, müssten verstärkt Maßnahmen für einen besseren Übergang zwischen Schule und Beruf, für gute Ausbildung und attraktive Wege zum Nachholen eines Berufsabschlusses umgesetzt werden.

[Positionspapier](#)

Integrating Human Mobility into International Climate Policy

Ein Bericht der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und des Global Centre for Climate Mobility beleuchtet die politische Relevanz von Klimamigration und verknüpft das Thema mit den aktuellen Diskussionen in den internationalen Klimaverhandlungen.

[Bericht \(engl.\)](#)

Gewaltschutzbedarfe von Schwangeren und Müttern von Neugeborenen und Kleinkindern in Geflüchtetenunterkünften

In einem Working Paper des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) werden die spezifischen Schutzbedarfe von Schwangeren und jungen Müttern in Geflüchtetenunterkünften untersucht und die intersektionalen Überschneidungen von Mutterschaft, Geflüchtetenstatus und Gewaltschutz beleuchtet.

[DeZIM Working Paper](#)

The gender dimension of asylum claims

In einem Briefing des Wissenschaftlichen Dienstes des Europaparlaments (EPRS) wird ein Überblick über die geschlechtsspezifische Dimension von Asylanträgen in den EU-Mitgliedsländern gegeben. Demnach ist ein Viertel der Antragstellenden weiblich.

[Briefing \(engl.\)](#)



Fachveranstaltungen

Klima-Gespräche

Das Niedersächsisches Kompetenzzentrum Klimawandel (NIKO) bietet eine digitale Seminarreihe zum Klimawandel, seinen Folgen für Niedersachsen und zur Klimaanpassung an. Die nächsten Termine sind am 04.03., 01.04. und dem 06.05.25.

[Informationen und Anmeldung \(engl.\)](#)

Equality by design: Equality Bodies, civil society and Artificial Intelligence

Das Netzwerk europäischer Gleichstellungsstellen (Equinet) bietet am 12.03., 19.03. und 29.04.25 eine Webinarreihe zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und Auswirkungen des europäischen KI-Gesetzes an.

[Informationen und Anmeldung \(engl.\)](#)

Armutssensibles Handeln im Kontext Schule

Am 19.03.25 bietet das Deutsche Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (DIFIS) eine digitale Veranstaltung in der Reihe „Armut(s folgen)prävention für Kinder und Jugendliche“

[Informationen und Anmeldung](#)

EngagiertGeforscht: GemeINSAMKEIT im Alter

Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt der Universität Gießen veranstaltet am 20.03.25 ein Online-Seminar zu den Potentialen älterer Menschen zur Bewältigung der durch den demografischen Wandel bedingten Herausforderungen.

[Informationen und Anmeldung](#)

Innovativ – Exzellent – Sichtbar: Frauen in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft

Am 20. und 21.03.25 veranstaltet „Innovative Frauen im Fokus“ (meta-IFiF) eine Fachtagung in Berlin, in der es um Lösungen aus Wissenschaft und Praxis zur Erhöhung der Sichtbarkeit und Repräsentanz von Frauen geht.

[Informationen und Anmeldung](#)

Forum für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen

Am 08.04.25 findet in Berlin eine Vernetzungsveranstaltung für Gemeinwohlorientierte Unternehmen statt. Sie wird von den Bundesministerien für Wirtschaft und Klima (BMWK) sowie für Bildung und Forschung (BMBF) veranstaltet.

[Informationen und Anmeldung](#)

Auf dem Weg: Kreislaufwirtschaft in der Öffentlichen Beschaffung

Am 06.05.25 veranstalten das Umweltbundesamt (UBA), das Oeko-Institut und das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) eine Fachkonferenz zu praxisnahen Lösungen für eine zirkuläre Beschaffung in Dessau-Roßlau.

[Informationen und Anmeldung](#)

Equality Bodies ensuring LGBTIQ+ Equality

Das Netzwerk europäischer Gleichstellungsstellen (Equinet) lädt zum 15.05.25 zu einem Webinar über die Rolle der europäischen Gleichstellungsstellen für die Sicherung der Rechte von LSBTIQ*-Personen ein.

[Informationen und Anmeldung \(engl.\)](#)



Fachstelle Querschnittsthemen im ESF Plus (FAQT)

Gleichstellung der Geschlechter - Antidiskriminierung - Ökologische Nachhaltigkeit

Berlin - Bremen - Göttingen

www.fagt-esf.de

[Impressum](#)

Für Anregungen, Fragen und Kritik stehen wir Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Für die Richtigkeit der in diesem Newsletter enthaltenen Angaben können wir trotz sorgfältiger Prüfung keine Gewähr übernehmen.



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Die Europäische Union fördert
zusammen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales
über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus)
Programme und Projekte in Deutschland.



Kofinanziert von der
Europäischen Union